



## KANTONSratsPROTOKOLL

**ENTWURF**

Sitzung vom 19. Juni 2018  
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalman-Bieri

### **A 472 Anfrage Piazza Daniel und Mit. über den abnehmenden Bezug der «Luzerner Zeitung» zur Region sowie die Konsequenzen dieser Entwicklung / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement i. V. mit Staatskanzlei**

Die Anfrage A 472 und die Anfrage A 539 von Marcel Budmiger über die ungewisse Zukunft der Luzerner Medienvielfalt werden als Paket behandelt.

Daniel Piazza ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Marcel Budmiger ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Daniel Piazza: Die Medien haben in der Schweiz den Auftrag zur Bildung der Öffentlichkeit, sie sollen einen Beitrag zur freien Meinungsbildung leisten und mit Qualität zur kulturellen und sprachlichen Vielfalt beitragen. Dabei handelt es sich um nationale medienpolitische Zielsetzungen mit Wirkung auf alle Regionen, so auch auf den Kanton Luzern. Bei den Medien handelt es sich um die sogenannte vierte Staatsgewalt, die von den anderen drei Staatsgewalten getrennt sein muss. Deshalb sind die Medien in der Schweiz richtigerweise privatwirtschaftlich organisiert, und so wird bis zu einem gewissen Grad eine politische Unabhängigkeit gewährt. Gleichzeitig bringt diese Tatsache aber auch eine ökonomische Abhängigkeit mit sich. Gerade im Zusammenhang mit der Digitalisierung graben digitale Gratismedien dem bezahlten Journalismus mehr und mehr die finanziellen Ressourcen ab – mit fatalen Folgen. Die Konsolidierung geht voran, viele Opfer, insbesondere Arbeitnehmende, bleiben auf der Strecke, und die Qualität ist in Gefahr. Dieser Trend macht uns im Zusammenhang mit der Wahrnehmung der Rolle der Medien als vierte Staatsgewalt Sorgen. Die vierte Staatsgewalt muss stark bleiben, gilt sie doch nicht zuletzt als Scharnier zwischen Politik und Volk und als legitimes Sprachrohr und Bindeglied in der politischen Meinungs- und Willensbildung in unserer Demokratie. Sie fördert Transparenz, informiert und begleitet kritisch. Je stärker systemrelevante Printmedien wie die „Luzerner Zeitung“ unter Druck kommen und Fragen wie wie verkaufe ich mein Blatt, oder wie halte ich die Zeitung noch rentabel, immer präsenter werden, umso mehr kommt die Qualität unter Druck und damit auch die Rolle der vierten Staatsgewalt. Wenn es um die konkrete Situation in Luzern geht, teilt der Regierungsrat die Sorge rund um die mediale Konsolidierung und Ausdünnung. Das begrüsst die CVP. Wie möchten den Regierungsrat eindringlich dazu ermuntern, dass er alles Mögliche dafür unternimmt, einerseits indem er sich in Bundesbern für eine verbesserte Presseförderung in den Regionen einsetzt, zum Beispiel mit einer Verbilligung der Posttaxen, andererseits in seiner Kommunikation und im Dialog mit den Akteuren im Mediensektor. Wie vom Regierungsrat in seiner Antwort erwähnt, soll er insbesondere in seiner Wirtschaftspolitik handeln. Auch in der Medienwelt braucht es wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen.

Marcel Budmiger: Die Zentralschweiz ist mehrfach vom Konzentrationsprozess der privaten Medienlandschaft betroffen: die Verlagerung des Druckauftrags von Adligenswil nach Zürich, die Schliessung des Druckstandortes Adligenswil, die Zusammenlegung der „Aargauer Zeitung“ mit der „Luzerner Zeitung“ und der angekündigte Abbau bei der Schweizerischen Depeschagentur mit Büro in Luzern. Nach der Westschweiz scheint die Zentralschweiz die am stärksten betroffene Region der medienpolitischen Fehlentwicklungen zu sein. Der Regierungsrat schiebt in seiner Antwort richtig, dass die Informationstätigkeit von verschiedenen Medien politisch systemrelevant ist. Wir sind froh, dass der Regierungsrat die Schwächung mit Besorgnis beobachtet. Von dieser Besorgnis haben wir aber bisher nicht viel wahrgenommen. Während sich die St. Galler Regierung klar positioniert hat, ist es in Luzern erschreckend ruhig geblieben. Wir wünschen uns eine aktive Regierung, welche die Interessen des Kantons Luzern auch in der Medienpolitik aktiv nach aussen vertritt. Schliesslich haben sich 71,6 Prozent der Luzerner Stimmbevölkerung überdeutlich gegen die „No Billag“-Initiative und damit für einen Service public im Medienbereich ausgesprochen. Wir wünschen uns aber eine aktivere Rolle der Regierung, wenn es um Arbeitsplätze geht, die auf dem Spiel stehen. Gemäss den vorliegenden Antworten des Regierungsrates könnte man fast meinen, dass die Abbaustrategie der grossen Medienunternehmen unterstützt wird. Diese versprechen trotz weniger Ressourcen mehr Qualität. Wir fragen uns, wie die angeblich so guten Kontakte der Regierung und der Wirtschaftsförderung mit den Medienhäusern wirklich aussehen, war man doch von den Schliessungsplänen der Ringier Print AG in Adligenswil überrascht. Völlig deplatziert sehen wir den Hinweis auf die unternehmensfreundlichen Rahmenbedingungen mit der Luzerner Tiefsteuerstrategie. Der Auslöser der aktuellen Medienkrise ist, dass sich die grossen Medienhäuser ihrer wichtigen Rolle als vierte Staatsgewalt nicht mehr bewusst sind und sich nur noch an Quote und Rendite orientieren. Die Medien müssten aber einen Service public erbringen; so müsste die Botschaft an die Verwaltungsräte lauten, und nicht ein Anreiz zur Gewinnmaximierung. Gemäss der Antwort zu Frage 5 behält sich der Regierungsrat vor, beim Bund für eine wirksame Verbesserung der Presseförderung einzutreten, beispielsweise mit geeigneten Anpassungen bei der Verbilligung von Posttaxen. Wir finden, dass die Regierung nicht nur unter Vorbehalt, sondern klar und deutlich für eine solche Verbesserung eintreten sollte. In Zeiten von Fakenews muss für eine funktionierende Demokratie die unverzichtbare Rolle des Journalismus wieder gestärkt werden. Die Beschränkung auf eine reine Presseförderung ist nicht mehr aktuell. Ich kann mir einen Sonntag ohne eine gedruckte Zeitung schwer vorstellen, aber unser Rat stellt in der September-Session auf digitales Arbeiten um. Journalisten und viele Mediennutzende haben diesen Schritt schon längst getan. Dazu braucht es auch einen Wechsel der indirekten Presseförderung zu einer direkten Medien- und Journalismusförderung, die alle Mediengattungen wie Radio, TV und Onlinemedien umfasst.

Hans Stutz: Die Verlegung des Druckstandorts von Adligenswil ist unerfreulich, durch die neuen Technologien aber möglich geworden. Im Printgewerbe herrscht eine grosse Konsternation, die dazu führt, dass nur noch wenige Anbieter in diesem Gebiet tätig sind. Leider sind darunter auch solche, die mit dem Verlegersein auch eine politische Botschaft verbinden wollen, quasi als politische Mäzene. Das ist unerfreulich, und es ist fraglich, ob das so weitergehen kann. Unserer Meinung nach nicht, denn auch bei den Printmedien braucht es einen Service public, und zwar nicht auf kantonaler, sondern auf Bundesebene. Der Regierungsrat hat in seinen Antworten darauf verwiesen, dass es sich bei der Medienpolitik um Bundespolitik handelt. Es reicht aber nicht aus, nur die Posttaxen zu verbilligen, sondern sowohl für die Printmedien als auch die Onlinemedien müssen neue Modelle geschaffen werden. Die Profitorientierung der Privatverleger zeigt sich auch beim Umgang mit der Schweizerischen Depeschagentur, die vor dem Verkauf um ein paar Millionen Franken erleichtert wurde, und dieses Geld floss in die Kassen der Verleger. Das hat nichts mehr mit der sogenannten vierten Gewalt zu tun, sondern hier spielt nur der Profit eine Rolle, vor allem bei Medien, die an der Börse kotiert sind. Die Zeiten sind unerfreulich, daher braucht es auf Bundesebene andere Systeme.

Rolf Born: Nach Meinung der FDP-Fraktion sind die beiden Anfragen durch den Regierungsrat sehr gut beantwortet worden. Uns ist es wichtig, dass für das Funktionieren des Staates unabhängige, qualitativ gute und starke Medien kritisch Bericht über die Gesellschaft, die Wirtschaft und die Politik erstatten. Mit kritisch meinen wir nicht einseitig, sondern aus verschiedenen Blickwinkeln. Es sollen auch andere Meinungen eingebracht werden, dies immer im Wissen darum, dass eine andere Meinung nicht nur Freude bereiten kann. Es ist aber auch eine Tatsache, dass die Medienpolitik auf Stufe Bund erfolgt. Wir können vor Ort aber selber einen Beitrag leisten, indem wir unser Umfeld beispielsweise über Twitter oder Facebook informieren. Wir sind damit einverstanden, dass der Bund die Printmedien mit einer Verbilligung von Posttaxen unterstützt. Wir sind aber der Meinung, dass gerade im Bereich der konzessionierten Medien Radio und Fernsehen mehr unternehmerische Freiheit zu einer qualitativen Stärkung der Medienlandschaft beitragen würde.

Beat Meister: Meiner Meinung nach schenkt die Regierung der Unabhängigkeit der Medien etwas zu wenig Beachtung. In den Antworten der Regierung wird auf die vielen Kontakte der Regierung zu den LZ Medien hingewiesen. Wenn es aber nur noch eine Zeitung gibt, ist es nicht von Vorteil, zu viele Kontakte zu dieser Zeitung zu haben. Laut ihren Antworten will die Regierung die Rolle der Publizistik im politischen System den Medien quasi noch erörtern. Darüber müssen die Medien aber selber Bescheid wissen. Die Unabhängigkeit der Medien steht im Vordergrund. Dessen scheint sich die Regierung etwas zu wenig bewusst zu sein, ich denke in diesem Zusammenhang an die Verwaltungsratssitze von Doris Russi Schurter.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng.

Robert Küng: Die Regierung ist über die Entwicklung in der Medienlandschaft ebenfalls nicht erfreut. Wir verfolgen diese Entwicklung sehr aufmerksam. Strukturanpassungen sind das Resultat gesellschaftlicher Veränderungen. Onlineportale sind im Kommen und für den Werbemarkt sehr attraktiv, was wiederum Auswirkungen auf die Printmedien hat. Immer mehr Informationen, auch redaktionelle Inhalte, stehen in gedruckter oder elektronischer Form gratis zur Verfügung. Zusammen mit der Digitalisierung der Werbepattformen führt der Rückgang der zahlenden Zeitungleserinnen und -leser zu stark rückläufigen Inserateinnahmen und erzeugt wirtschaftlichen Druck. Die NZZ- und AZ-Gruppe hat darauf reagiert und versucht ihre Kosten im Griff zu behalten. Für die Regierung ist es klar, dass der Kanton Luzern für die Information der Bevölkerung und die politische Meinungs- und Willensbildung auf die Medien angewiesen ist, und zwar auf eine redaktionelle, ausgewogene Berichterstattung. Dafür ist eine breite Medienlandschaft von Vorteil. Es ist unbestritten, dass die Regierung die Unabhängigkeit der Medien hochhält, wir sind uns dessen sehr bewusst. Wir haben noch nie unternehmerische Entscheidungen mitgestalten wollen und können. Die Regierung mischt sich nicht in unternehmerische Entscheide ein. Trotzdem halten wir die entsprechenden Kontakte hoch. Es ist aber logisch, dass eine Schliessung nicht im Vorfeld mit der Regierung besprochen wird. Der Kanton Luzern ist sehr wirtschaftsfreundlich, noch besser können wir uns kaum positionieren. Die Regierung pflegt einen regelmässigen Austausch mit der LZ Medien Holding, diesen März fanden entsprechende Gespräche statt. Die Delegation der LZ Medien Holding hat sich ausdrücklich für die Fortführung einer lokal verankerten Publizistik mittels Print- und Onlinemedien sowie Radio und TV auf dem Platz Luzern ausgesprochen. Die Regierung beobachtet die Situation und bleibt weiter in Kontakt mit der LZ Medien Holding.